



## Die Kirchen und das Landwirtschaftsministerium beraten gemeinsam über Strategien im Kampf gegen den Hunger

Die Kirchen und das Landwirtschaftsministerium beraten gemeinsam über Strategien im Kampf gegen den Hunger. Im Kampf gegen den Hunger von mehr als 870 Millionen Menschen auf der Welt haben sich die Kirchen und die Bundesregierung für eine Stärkung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern ausgesprochen. Zur Fastenzeit erklärten Bundesministerin Ilse Aigner, der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Dr. Prälat Karl Jüsten, und der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Dr. Bernhard Felmberg, es müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Entwicklungszusammenarbeit auf die Ernährungssicherung in den betroffenen Regionen zu konzentrieren und die Teilhabe der Bevölkerung vor Ort zu stärken. In einem Dialogprozess haben die Kirchenvertreter und das Bundeslandwirtschaftsministerium in den vergangenen Monaten die wichtigsten Handlungsfelder im Kampf gegen den Hunger ausgemacht: Dazu gehören vor allem die Verbesserung von Zugang zu Nahrungsmitteln, Land, Wasser sowie Saatgut, Rechtssicherheit als Grundlage für Handel und Investitionen, vor allem aber für die Bevölkerung, die Verbindung von modernen standortangepassten Technologien mit traditionellem Wissen sowie ein verantwortungsbewusstes Handeln an den Warenterminmärkten. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner betonte die nationale und internationale Verantwortung beim Umgang mit natürlichen Ressourcen und Lebensmitteln: "Armut und Hunger auf der einen Seite, Überfluss und Wegwerfgesellschaft auf der anderen Seite - damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die Kirchen sind wichtige Partner im Kampf gegen den Hunger - wir vertreten die gleichen Werte und haben dieselben Ziele. Die Kirchen bringen einen reichen Erfahrungsschatz im In- und Ausland mit, etwa durch ihre Hilfswerke, und sie haben eine wichtige Rolle als Multiplikatoren für eine enorme Breite der Gesellschaft. Ich freue mich deshalb, dass wir gemeinsam mit den Kirchen daran arbeiten, dem Anliegen der Ernährungssicherung in den ärmsten Ländern der Welt mehr Geltung zu verschaffen. Wir stehen global vor enormen Herausforderungen: Die Landwirtschaft und der ländliche Raum sind ökonomische Schlüsselsektoren für eine umweltverträgliche Wirtschaft, die Sicherung der Ernährung und auch die Armutsbekämpfung - denn mehr als 70 Prozent der Hungernden leben auf dem Land. Kleinbauern und Frauen müssen überall Zugang zu Wasser, Boden, Energie, Bildung und Kapital haben. Hier gibt es viel zu tun." Prälat Dr. Karl Jüsten unterstrich das Recht auf Nahrung für alle Menschen: "Das Recht auf Nahrung ist immer noch eines der am meisten verletzten Menschenrechte und muss im Kampf gegen den Hunger oberste Priorität haben." Jüsten kritisierte zudem das Verhalten einiger Agrarrohstoffspekulanten: "Nahrungsmittelpreisschwankungen - zum Teil verursacht durch die Spekulation mit Agrarrohstoffen - treffen die Menschen in Entwicklungsländern ungleich härter. Es ist wichtig, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser Problematik weiterhin annimmt und dass gerade die einflussreichsten Staaten mit gutem Beispiel vorangehen. Investitionen sind notwendig, aber sie müssen nachhaltig sein und verantwortungsbewusst." Durch die Verknappung fossiler Rohstoffe wird ein wachsender Teil der landwirtschaftlichen Erzeugung als Bioenergie oder als Grundstoff für die Industrie eingesetzt. Zu diesem wichtigen Handlungsfeld "Teller oder Tank" sagte Prälat Dr. Bernhard Felmberg: "Die Sicherung der Ernährung muss immer Vorrang haben. Biokraftstoffe dürfen nicht auf Kosten von Nahrungsmitteln produziert werden. Hier sind wir uns völlig einig. Konflikte zwischen der globalen Ernährungssicherung und dem Menschenrecht auf Nahrung mit der Bioenergie gilt es von vornherein auszuschließen." Zur Fastenzeit riefen die Kirchenvertreter mit Bundesministerin Aigner auch zu mehr Wertschätzung von Lebensmitteln auf: "Die Verschwendung in reichen Industriestaaten erhöht indirekt den Druck auf die Nahrungsmittelrohstoffe in Entwicklungsländern. Lebensmittel, die wir achtlos wegwerfen, fehlen auf dem Weltmarkt, verknappen das Angebot und führen zu weiter steigenden Preisen. Allein in Deutschland landen nach aktuellen Berechnungen mehr als 11 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll - Jahr für Jahr." Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 Mail: [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de) URL: <http://www.bml.de> 

### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus

hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.